

Niederschrift

über die 29. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung, Straßen, Umwelt, Landwirtschaft und Landschaft

Sitzungstag: 24.04.2019

Sitzungsort: Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus

Sitzungsdauer: 16:32 Uhr bis 18:53 Uhr

Teilnehmerverzeichnis:

Vorsitzender

Bollmeyer, Matthias, Dr.

Ausschussmitglieder

Albers, Udo

Harjes, Olaf

Hartwig, Marcus

Vertretung für Herrn Dr. Harry Funk

Montigny, Bettina

Theemann, Hendrik

Wolken, Wilfried

Verwaltung

Albers, Jan Edo, Bürgermeister

bis 18:48 Uhr - TOP 15

Hagestedt, Uwe

Protokollführer

Lorenz, Jörg

Gäste

Gerdes, Jens

Planungsbüro Gerdes zu TOP 7

Wekenmann, Stefan

Planungsbüro Gerdes zu TOP 7

Entschuldigt waren:

Stellvertretender Vorsitzender

Funk, Harry, Dr.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 16:32 Uhr.

TOP 2. Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ausschussmitglieder fest.

TOP 3. Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 4. Feststellen der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt beschlossen.

TOP 5. Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung, um anwesenden Einwohnern Gelegenheit zur Fragestellung zu geben. Davon machen 2 Einwohner Gebrauch, deren Fragen von Bürgermeister Albers und Herrn Lorenz beantwortet werden. **Der Vorsitzende** eröffnet danach die Sitzung wieder.

Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses:

**TOP 6. Einleitung des Beteiligungsverfahrens zum 1. Entwurf RROP 2018 Landkreis Friesland
hier: Vorstellung des Entwurfes der Stellungnahme der Stadt Jever zum 1. Entwurf des RROP
Vorlage: BV/0774/2016-2021**

Der Vorsitzende führt kurz in das Thema ein und erteilt **Herrn Lorenz** das Wort. Dieser führt aus, dass das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) für die nächsten 10 Jahre für die städtebauliche Entwicklung von hoher Wichtigkeit sei. Der Entwurf des RROP sei aus Sicht aller Gemeinden und Städte des Landkreises für ihre Entwicklung so tiefgreifend, dass sie sich zusammen getan haben und eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitet haben, die auch in den vorbereiteten Entwurf der Stellungnahme aufgenommen worden sei. Zum Thema „Ziele und Grundsätze der Siedlungs- und Versorgungsstruktur“ zeigt **Herr Lorenz** anhand des beigefügten Auszuges die unterschiedliche Behandlung der Mittelzentren Varel und Jever hinsichtlich der künftig zulässigen Siedlungsbereiche auf, die aus seiner Sicht nicht nachvollziehbar seien. **Er** weist außerdem darauf hin, dass das Ziel Tourismus nicht für die Stadt Jever vorgesehen sei und es daher bei der Planung und Umsetzung von Tourismusprojekten in Jever zu Problemen kommen könne.

Herr Harjes erklärt, dass sich seine Fraktion sich ausführlich mit dem Entwurf des RROP beschäftigt habe. **Er** verliest sodann eine Erklärung, die dieser Niederschrift beigefügt ist. Seine Fraktion lehne aus den in der Erklärung genannten Gründen den Beschlussvorschlag der Verwaltung ab.

Herr Wolken führt aus, dass sich seine Fraktion nicht der Meinung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anschließen könne, da sie den Entwurf aus Sicht der Stadt Jever beurteile und sich nicht Gedanken über den Deichbau mache. Seine Fraktion begrüße die vorbereitete Stellungnahme ausdrücklich und spreche sich gegen die darin vorgesehene Verknappung

des Baulandes aus, die im Endeffekt zu höheren Baulandpreisen führe. Im Vergleich der Baugebiete „Normannenviertel“ und „An den Schöfelwiesen“ könne man sehen, wie die Baulandpreise bereits angezogen haben. Seine Fraktion könne hingegen mit der Forderung leben, ein Baulückenkataster vorzuhalten. Dieses sei bereits vorhanden und müsse lediglich aktualisiert werden.

Bei dem Thema „Ziele und Grundsätze der Siedlungs- und Versorgungsstruktur“ seien Kriterien herangezogen worden, die von den Gemeinden nicht beeinflussbar seien, wie z.B. der ÖPNV. Ein mangelnder ÖPNV könne dann nicht einer weiteren Entwicklung des Ortes Cleverns entgegen gehalten werden. Auch sei nicht nachvollziehbar, warum für das Mittelzentrum Varel das zentrale Siedlungsgebiet großzügiger dargestellt wird, als für die Stadt Jever. Eine Beteiligung der Stadt Wilhelmshaven bei Bauleitplanungen stelle ein Planhindernis dar und sollte daher nicht festgeschrieben werden. Außerdem werde die Zielsetzung, gewerbliche Flächen in einem Pool zu entwickeln, als nicht zielführend gesehen. Der vorhandene, gemeinsam betriebene Jade-Weser-Park zeichne sich durch große ungenutzte Brachflächen aus. Hier sei eine Eigenentwicklung von Gewerbeflächen sinnvoller. Bis auf die Forderung nach dem Baulückenkataster werde die Stellungnahme unterstützt.

Herr Udo Albers spricht der Verwaltung ein Lob für die Stellungnahme und auch für die Abstimmung mit den anderen kreisangehörigen Gemeinden aus. Die SWG-Fraktion habe sich intensiv mit dem Entwurf des RROP beschäftigt und eine Abstimmung vorgenommen. Diese decke sich zu 95 % mit dem Entwurf der Stellungnahme der Verwaltung, so dass diese vollständig unterstützt werde. Die Kritik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne nicht geteilt werden. Der Entwurf des RROP sei restriktiv und sei ein enges Korsett, das den Gemeinden übergestülpt werden solle. Dadurch werde die Planungshoheit eingeschränkt. Es gebe genügend gesetzliche Regelungen, die im Rahmen der Planungshoheit zu berücksichtigen seien, so dass zusätzliche Regelungen durch das RROP nicht notwendig seien. Die Planungshoheit obliege nach dem Gesetz den Gemeinden und könne nicht an den Landkreis abgegeben werden.

Es sei allgemein zu hören, dass es zu wenige Baulandflächen gebe. Die im RROP vorgesehenen Konzentrationsregelungen würden die Situation noch verschärfen. Man verkenne auch die geschichtliche Entwicklung. Die Wohnwünsche der Bewohner des Außenbereiches müssten dem heutigen Bedarf angepasst werden. Für ihn sei es unlogisch, dass der Ortsteil Moorwarfen sich nicht weiter entwickeln dürfe, obwohl er verkehrstechnisch sehr gut angeschlossen sei.

Herr Theemann lobt ebenfalls die gute und vollständige Arbeit der Verwaltung. Seine Fraktion unterstütze die Stellungnahme uneingeschränkt. Das Leben in Jever sei von seiner Vielfalt geprägt. Man könne sich nicht nur auf die Innenstadt beziehen; die Dörfer dürften nicht vergessen werden. Die Stadt habe sich vorgenommen, den Tourismus zu entwickeln. Daher dürfe sie sich nicht einschränken lassen. Der Tourismus müsse zielführend weiterentwickelt werden. Bezüglich des Baulückenkatasters weist er darauf hin, dass ein zusätzliches Kataster auch zusätzliche Arbeit bedeute. Am Ende liege es in der Hand des Eigentümers, ob er das jeweilige Grundstück verkaufen wolle oder nicht.

Herr Hartwig erklärt für die CDU-Fraktion, dass die erarbeitete Stellungnahme begrüßt und unterstützt werde.

Bürgermeister Albers wirbt um Verständnis für die vorbereitete Stellungnahme. Es gehe der Verwaltung nicht darum, das Miteinander zwischen Ökologie und Bebauung auseinander zu ziehen, sondern dass die Stadt Jever selbst regelt, wie sie damit umgehen wolle. Dieses sehe die Verfassung so vor. Die Vorgaben des RROP sollten nicht so sein, dass die Gemeinden keine Entscheidungsbefugnis mehr haben. Durch das neue RROP sollen aber zusätzliche Einschränkungen fixiert werden. Ein Ziel im Sinne des RROP bedeute, dass über das jeweilige Thema nicht mehr geredet werden könne, da eine zwingend Vorgabe zu beachten sei.

Die Stellungnahme hinsichtlich des Baulückenkatasters beinhalte nicht die Weigerung, eines aufstellen bzw. führen zu wollen, sondern man wolle sich dieses nicht vorschreiben lassen, sondern selbst darüber entscheiden. In den Entwurf des RROP seien Dinge dazu erfunden worden, die nicht sein müssten. Bei der Wohnbebauung sei eine Regulierung nicht erforderlich. Die Stadt Jever habe in Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Dehrendorf den Flächennutzungsplan erarbeitet und auf dem Wege des Dialogs eine Lösung gefunden. Es seien daher keine zusätzlichen Regelungen über das RROP erforderlich.

Herr Wolken führt zur Klarstellung aus, dass die Stadt Jever selbst über ein Baulückenkataster entscheiden wolle und keine Vorgabe durch das RROP dafür erforderlich sei.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der Stellungnahme der Verwaltung zum 1. Entwurf des RROP wird zugestimmt. Die Stellungnahme wird an den Landkreis Friesland übersandt.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 6 Nein 1

TOP 7. Spielleitplanung Mehrgenerationenspielplatz; hier: Vorstellung der Ergebnisse aus Workshops und Arbeitskreise Vorlage: BV/0777/2016-2021

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Herren Gerdes und Wekenmann vom Planungsbüro Gerdes. **Herr Gerdes** erläutert sodann anhand der dieser Niederschrift beigefügten Präsentation den Werdegang der Planung des Mehrgenerationenspielplatzes über die Bürgerbeteiligung im Rahmen von 2 Workshops und Beteiligung des Arbeitskreises Spielleitplanung. **Herr Wekenmann** stellt dann den Entwurf des Mehrgenerationenspielplatzes und im Einzelnen die Ausstattung vor. Zum Abschluss der Präsentation werden drei Realisierungsschritte vorgestellt, die seitens des Planungsbüros empfohlen werden. Auf Anfrage erklärt **Herr Gerdes**, dass er mit ca. 100 Besuchern pro Tag rechne. **Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass die vorgestellten Realisierungsschritte nicht mit den in der Beschlussvorlage aufgeführten Realisierungsschritten übereinstimmen.

Herr Harjes erkundigt sich, warum erst im Realisierungsschritt 2 die Verlegung der Versorgungsleitungen geplant sei und nicht im 1. Schritt. **Herr Gerdes** erwidert, dass die Versorgungsleitungen aus dem Süden herangeführt und dann in die Wege verlegt werden sollen, die aber zuletzt angelegt werden sollen, um zu verhindern, dass diese durch Bagger beschädigt werden.

Herr Wolken führt aus, dass sich die vorgestellte Planung sich toll anhöre. Er weist aber darauf hin, dass es nur einen Haushaltsansatz in Höhe von 150.000,00 Euro gebe, der eingehalten werden sollte. Die Politik sollte für weitere Entscheidungen die Gesamtkosten aller 3 Realisierungsschritte kennen. Bezüglich der Finanzierung durch den Erlös aus den Verkauf von Grundstücken könne er mitteilen, dass seine Fraktion mit allen Anliegern der betroffenen Spielplätze gesprochen habe. Der Spielplatz an der Straße „Am Mühlentief“ werde wenig oder gar nicht bespielt, so dass er verkauft werden könne. Von dem Spielplatz an der „Georg-von-der-Vring-Straße“ könne ein Teil abgetrennt und als Baugrundstück verkauft werden und auch der Spielplatz an der „Karl-Fissen-Straße“ werde nicht genutzt und daher entbehrlich. **Er** freue sich darüber, dass der Antrag seiner Fraktion bezüglich der Beleuch-

tung bei dieser Beschlussfassung berücksichtigt worden sei. **Er** wiederholt, dass es wichtig sei, zu erfahren, was alle 3 Realisierungsschritte kosten.

Herr Udo Albers erinnert daran, dass die SWG-Fraktion bereits früh vorgeschlagen habe, dass die Verkaufserlöse von nicht mehr benötigten Spielplätzen in die Spielplätze investiert und für den Bau eines zentralen Abenteuerspielplatzes verwendet werden sollen. **Er** freue sich darüber, dass diese Vorschläge aufgegriffen worden seien.

Herr Udo Albers schlägt vor, die Beschlussempfehlung zu ändern. Man solle die Planung erst einmal zur Kenntnis nehmen, bevor weitere Entscheidungen getroffen werden.

Es stelle sich die Frage, wenn mit 100 Gästen pro Tag gerechnet werde, ob dann sanitäre Anlagen notwendig seien. Außerdem müssten Vorkehrungen gegen Vandalismus getroffen werden. Außerdem sei von **ihm** angeregt worden, die Spielgeräte nur noch aus recyceltem Kunststoff anzuschaffen, wie dies in anderen Orten auch der Fall sei. Für die Pflege des Mehrgenerationenspielplatzes müsse sicherlich eine zusätzliche Kraft eingestellt werden. Mit Wasserflächen habe man in Jever negative Erfahrungen gemacht, so dass man davon absehen solle. Es bestehe noch großer Beratungsbedarf, so dass erst einmal eine Kenntnisnahme erfolgen solle. Für die weitere Beratung sei ein Kostenrahmen unter Berücksichtigung von sanitären Anlagen erforderlich. Auch müsse seiner Ansicht nach die Haftungsfrage für einige Geräte geklärt werden, für die evtl. zusätzlich eine Aufsicht erforderlich sein dürfte.

Herr Theemann stellt fest, dass es sich um einen tollen Spielplatz handele, der jeder Generation etwas biete. Der Mehrgenerationenspielplatz müsse aber ganzheitlich betrachtet werden, da er über mehr als ein Jahrzehnt betrieben werden solle. Es sei dann schätzungsweise mit 5 % der Herstellungskosten als Bewirtschaftungskosten zu rechnen. Die Planung solle daher zur Kenntnis genommen werden. In der Folge sei zu prüfen, woher das Geld dafür kommen solle. Welche Gesamtkosten seien zu erwarten; auch für den Betrieb. Es sei zu bedenken, dass die Wallanlagen dazu kommen. Es sei zwar ein toller Vorschlag, es müsse für weitere Entscheidungen Klarheit über die Kosten für die nächsten 10 bis 20 Jahren herrschen.

Bürgermeister Albers führt aus, dass die Planung für den Mehrgenerationenspielplatz heute mit der Maßgabe vorgestellt worden sei, dass dazu eine Rückmeldung aus den Fraktionen erfolgen solle. Wie von Herrn Gerdes vorgestellt, seien im Rahmen der Bürgerbeteiligung Ideen gesammelt und zu dieser Planung zusammengeführt worden. Alles davon sei sicher nicht realisierbar. Die Verwaltung wolle jetzt von den Fraktionen hören, ob sie zu dem Konzept stehen, neben der Attraktivierung der bestehenden Spielplätze einen Mehrgenerationenspielplatz mit großer Ausstrahlungskraft zu bauen. Soll der Mehrgenerationenspielplatz wie vorgestellt als ganzheitliches Projekt mit Angeboten für alle Altersschichten umgesetzt bzw. in welcher Größenordnung soll er realisiert werden. Wenn dieses fest stehe, können Zahlen ermittelt und genannt werden.

Herr Gerdes führt aus, dass es ein guter Ansatz sei, statt vieler kleiner Spielplätze einen großen Mehrgenerationenspielplatz anzulegen, denn das Spielen mache in größeren Gruppen mehr Spaß. Hier seien insbesondere größere Geräte möglich, mit denen eine größere Attraktivität des Spielplatzes einhergehe. Dadurch werde auch ein stärkeres Miteinander in der Stadt gefördert. Zum Thema Kosten teilt **er** mit, dass bei einem Mehrgenerationenspielplatz in Cloppenburg, an dessen Planung er beteiligt sei, eine Förderung durch die NBank erfolgt sei. Die Förderung sei aber individuell auf das konkrete Projekt bezogen gewesen. Solche Zuschüsse aus Strukturprogrammen könnten aber erst beantragt werden, wenn ein Konzept vorliegt. Dazu müsse man aber vorher wissen, was man wolle. Wenn man dann zu dem Ergebnis komme, dass keine Förderung möglich ist, könne man Abstand von dem Umfang der Planung nehmen.

Herr Harjes erklärt, dass seine Fraktion dieser Planung zustimme, da sie aus der Bürgerbeteiligung bei der Spielleitplanung und dem Mehrgenerationenspielplatz entstanden sei. Es gebe kein gutes Bild ab, wenn über einzelne Spielgeräte gestritten werden. Letztendlich müssten die Gesamtinvestitionen ins Auge gefasst werden und geprüft werden, welche Förderungen möglich seien.

Herr Theemann beantragt, die Beschlussempfehlung zu ändern. Punkt 1 könnte so belassen werden. Über Punkt 2 solle erst behandelt werden, wenn klar sei, was kostentechnisch auf die Stadt zukomme; insbesondere auch an Betriebskosten. Daher sollten die Punkte 2 und 3 gestrichen werden. Inhaltlich könne man sich mit den Spielgeräten beschäftigen, damit dann die Kosten ermittelt werden können.

Bürgermeister Albers erklärt, dass, wenn man sich über Punkt 1 der Beschlussempfehlung einig sei, auch über Punkt 2 abgestimmt werden könne, da damit nur vorbereitende Maßnahmen angestoßen werden sollen. Herr Theemann erwidert, dass in Punkt 2 nur auf den Realisierungsschritt 1 Bezug genommen werde und keine ganzheitliche Betrachtung vorgenommen werden solle.

Herr Hartwig erklärt, dass er sich durch die Planung abgeholt sehe. Er berichtet von einem großen Mehrgenerationenpark in Schleswig-Holstein, der viele Leute anziehe und der auch touristisch stark genutzt werde. **Er** stimmt aber Herrn Wolken und Herrn Theemann bezüglich des Kostenrahmens zu.

Herr Wolken begrüßt die Planung ausdrücklich. Es sollten aber erst die Kosten ermittelt werden. Dieses sollte unter Punkt 2 verankert werden.

Herr Udo Albers weist darauf hin, dass man sich einig sein könne, dass man das Vorhaben grundsätzlich befürworte. Trotzdem müsse eine Bedenkzeit für weitere Entscheidungen zugestanden werden. Außerdem müssten sanitäre Einrichtungen berücksichtigt werden. **Bürgermeister Albers** erwidert, dass Spielplätze nicht generell mit sanitären Anlagen ausgestattet seien. Dieses sei für ihn ein deutsches Phänomen, dass ein WC gefordert werde. Wenn er mit seinen Kindern zum Spielplatz gehe, werde dieses so ausgerichtet, dass die Kinder nicht zur Toilette müssten. Es wird eingewendet, dass dort ein Grillplatz entstehen soll. Hier bestehe die Gefahr, dass dann evtl. der Wald, der auch zum Spielen genutzt werden solle, als Toilette missbraucht werde.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Entwurf nicht vom Himmel gefallen sei. Die Problematik hinsichtlich des WC's und der Aufsicht sei in allen Arbeitskreissitzungen besprochen worden. In diesen Sitzungen sei von jeder Fraktion ein Vertreter anwesend gewesen. **Er** bedaure es, dass die Informationen nicht weiter gegeben worden seien.

Bürgermeister Albers formuliert für den Punkt 2 eine neue Beschlussempfehlung. **Herr Harjes** schlägt vor, in der Beschlussempfehlung aufzunehmen, zu prüfen, welche Fördermöglichkeiten es gibt. **Bürgermeister Albers** erklärt, dieses werde bereits im Rahmen der Kostenermittlung gemacht.

Herr Theemann zieht nach der Neuformulierung des Punktes 2 der Beschlussempfehlung seinen Antrag zurück.

Der Vorsitzende lässt sodann über die gesamte Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Entwurf des Mehrgenerationenspielplatzes wird befürwortet.**

2. **Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Umsetzung des Gesamtkonzeptes (Realisierungsschritte 1 – 3) erforderlichen Kosten und Folgekosten zu ermitteln und in einer der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung, Straßen, Umwelt, Landwirtschaft und Landschaft, mitzuteilen.**
3. **Dem Antrag der SPD-Fraktion wird zugestimmt; für die Ausgestaltung der Beleuchtung soll eine lichttechnische Berechnung vorgenommen werden, die sich an der unter lfd. Nr. 1 beschlossenen Entwurfsfassung orientiert und sowohl die Zuwegung zum Mehrgenerationenspielplatz als auch die Skateranlage berücksichtigt.**

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Zuständigkeit des Rates:

**TOP 8. Erweiterung des Sanierungsgebietes Jever IV "Lohne/Schlachte/Hooksweg" um den Bereich der Wallanlagen;
hier: Einleitungsbeschluss
Vorlage: BV/0771/2016-2021**

Herr Lorenz führt zur Beschlussvorlage aus.

Der Vorsitzende erkundigt sich, warum für dieses Gebiet kein eigenes Sanierungsgebiet beantragt werde. **Herr Hagestedt** erwidert, dass das Sanierungsgebiet Jever IV im Rahmen des Förderprogramms „städtebaulicher Denkmalschutz“ gefördert wird. Da die Wallanlagen als Bodendenkmal unter Denkmalschutz stehen, habe das Land nach Vorstellung des Projektes empfohlen, das bestehende Sanierungsgebiet zu erweitern. Bürgermeister Albers ergänzt, dass man seitens der Verwaltung ursprünglich das Förderprogramm „Stadtgrün“ angesteuert habe, dieses aber vom Land verworfen worden sei.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag bezüglich der Fortschreibung des integrierten städtebaulichen Konzeptes erweitert werden müsse und verliest die entsprechend vervollständigte Beschlussempfehlung und lässt darüber abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Beginn der vorbereitenden Untersuchungen gem. § 141 Abs.3 BauGB für das in der Planunterlage dargestellte Untersuchungsgebiet des geplanten Erweiterungsgebiets des bestehenden Sanierungsgebiets Jever IV wird beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt:

- **den Beschluss zu den vorbereitenden Untersuchungen ortsüblich bekanntzumachen;**
- **das integrierte städtebauliche Konzept (ISEK) fortschreiben zu lassen;**
- **die Bürger zu beteiligen und die möglichen Sanierungsziele mit den Bürgern und sonstigen betroffenen Personen, Institutionen und Trägern öffentlicher Belange zu erörtern;**

- **einen Bericht über die vorbereitenden Untersuchungen und das fortgeschriebene integrierte städtebauliche Konzept vorzulegen;**
- **die sonstigen Inhalte und Verfahrensschritte des BauGB zu berücksichtigen bzw. vorzunehmen.**

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Eigene Zuständigkeit:

TOP 9. Genehmigung des Protokolls Nr. 28 vom 27.03.2019 - öffentlicher Teil -

Das Protokoll wird mit 5 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.

TOP 10. Mitteilungen der Verwaltung

- keine –

TOP 11. Anfragen und Anregungen

- keine -

TOP 12. Schließen der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:36 Uhr.

Genehmigt:

Dr. Matthias Bollmeyer

Vorsitzende/r

Jan Edo Albers

Bürgermeister

Uwe Hagedstedt

Protokollführer/in